

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stuhlhauer und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Kreisstasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuhlhauer Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint am Sonnabend jeder Woche.
Monatsabonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Beilage),
bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1,40.

Gedruckt: Johann Staudigl
verantwortlicher Redakteur: Fritz Paetzow, Weber in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergepaltene Zeitung oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8284.

Au die Mitglieder des Maurer-Verbandes!

Kollegen, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Monat November ist der letzte Beitragmonat in diesem Jahre. Die Verwaltungen werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ende November kein Mitglied mit der Beitragszahlung im Rückstande ist. — Der Streifonds darf ebenfalls nicht vergessen werden.

Der Vorstand.

Inhalt: Bollpolitik und Arbeiterklasse. Die Unterdrückung des Stellpostensystems. — Rundschau. — Baugewerbe. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Bollpolitik und Arbeiterklasse.

II.

Wer die Projekte unserer Hochschulzöllner und die schweren Gefahren, welche die Vermittlung durch denselben für unser ganzes wirtschaftliche Leben mit sich bringen würde, richtig und ehrhaft beurtheilen will, muß nothwendig die allgemeine wirtschaftliche Lage in Betracht ziehen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, der in Deutschland etwa um 1894 einsetzte, ist es vorbei. Während die Entwicklung des großkapitalistischen Kartellsystems unaufhaltsam vor sich geht, ellen wie einer Krise entgegen; ihre Anfänge machen sich bereits bemerkbar. Fahl aus allen Industriezweigen, wird über Absatzstörungen, Betriebsinschränkungen, Arbeiterentlassungen berichtet und die Handelsberichte prophezeien den Zusammenbruch großer industrieller Unternehmen für die nächste Zeit.

Die aus diesen Aussichten resultirende Unruhe und Angst der Industrie wird durch die Bollpolitik erheblich gesteigert. Unsere Industrie hat in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß sie ihre Stellung auf dem Weltmarkt nur mit großer Anstrengung erfolgreich vertheidigen kann, ja, daß auf einigen Gebieten ihre Konkurrenzfähigkeit tatsächlich bereits in Frage gestellt ist. Schon die seitige Schutzpolitischer Deutschlands hat bewirkt, daß das Ausland neue Konkurrenz geschaffen. Durch diese Politik ist insbesondere das Wohlwollen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sich möglichst unabhängig von der Einfuhr industrieller Produkte zu machen, erheblich gefördert. Der amerikanische Schutzzolltarif ist die Antwort auf unsere landwirtschaftlichen Schutzzölle, die ja bekanntlich hauptsächlich mit den zweiten haben, die Einfuhr amerikanischer landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere Getreide, möglichst zu erschweren.

In dieser Situation gewinnt die bevorstehende Entscheidung über die Getreidezoll erhöhte an Ernst und Bedeutung. Dringen die Agrarzölle mit ihren Forderungen durch, so wird die industrielle Konkurrenz des Auslandes nicht verfehlten, dafür Revanche zu nehmen. Den Rückslag wird in erster Linie unsere industrielle Arbeiterschaft empfinden müssen. Bei der von den Agrariern geplanten Vertheuerung der Lebenshaltung würde kommen eine Verschärfung des Mangels an Arbeit, eine Zunahme der Verbleiblosigkeit mit dem entsprechenden Druck auf die Löhne.

Mit alledem ist die Stellung der Arbeiterklasse zu den Agrarzöllen ohne Weiteres gegeben. Man hat gesagt, auch diese Klasse habe an den Schutzzöllen profitiert. Vorweg aber steht fest, daß die Grundbesitzer von den Vortheilen, die der Schutzzoll ihnen gebracht hat, auch nicht den kleinsten Anteil an ihrer Arbeit abgezogen haben. Die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter sind unter der Herrschaft

der Agrarzölle nicht erhöht worden, ihre Lebenshaltung hat keine Verbesserung erfahren. Dass ein industrieller Aufschwung und damit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in manchen Zweigen der Industrie stattgefunden hat, kommt nicht auf Rechnung des Schutzsystems; im Gegenteil, der Aufschwung war, wie wir schon in unserem ersten Artikel erwähnten, wesentlich eine Folge der unter Capriui bewirkten Durchbrechung des Schutzsystems durch die Handelsvertragspolitik. Aber angenommen einmal, auch die Industrie hätte von diesem System profitiert, so würde doch die Thatsache feststellen, daß die industriellen Unternehmer nicht freiwillig höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit gewährt haben; die Arbeiter haben sich die besseren Arbeitsbedingungen mit Hilfe ihrer Organisation erkämpft müssen.

Der Protektionismus, das Schutzsystem in seiner heutigen Form bedeutet reinen wirtschaftlichen Partikularismus. Er verfolgt nichts Anderes, als den Schutz von Klasseninteressen, von Interessen einer rücksichtslosen Besitzübermacht. Sehr deutlich ist das nun schon eine Reihe von Jahren hindurch in den Vereinigten Staaten zu Tage getreten, wo die Fabrikanten selbst den Tarif ausarbeiten und die Kartelle und Cartels ihn genehmigen. Ähnliches erleben wir jetzt bei uns in Deutschland. Vor einigen Jahren sah die Reichsregierung einen „Wirtschaftlichen Ausschuß zur Vorbereitung des neuen Bolltarifs“ ein. In diesem Ausschuß sind die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen vertreten. Diese Leute sind es, die jetzt ihre Vorschläge, welche auch die Getreidezoll erhöhung enthalten, der Regierung zur Vorlage an den Reichstag unterbreitet haben. In der sieden Voraussetzung, es werde sich im Reichstag eine Majorität dafür finden — eine Voraussetzung, die selbe nicht unbegründet erscheint.

Wie schon früher, so segelt die Schutzöllner auch jetzt wieder unter der Flagge: „Schutz der nationalen Arbeit“. Und sie beruft sich der Sozialdemokratie gegenüber darauf, daß Karl Marx sich vor einem halben Jahrhundert durchaus nicht unbedingt gegen das Schutzsystem ausgesprochen habe. Wir haben

die diesbezüglichen Aussprüche Marx' zur Hand. Sie sind enthalten in einer am 9. Januar 1849 in Brüssel gehaltenen Rede über „die Frage des Freihandels“.

Da legte er dar, daß er unter dem heutigen Gesellschaftszustand nichts Anderes ist, als die Freiheit des Kapitals, weit davon entfernt, die günstigen Wirkungen auf die Lage der arbeitenden Klassen auszuüben, welche die bürgerlichen Eliten annehmen. Vor Allem wies er die thörichte Annahme zurück, daß der Freihandel den Gegensatz zwischen industriellen Kapitalisten und Lohnarbeitern verschwinden machen und die „Brüderlichkeit zwischen den verschiedenen Nationen der Erde“ fördern würde. Über das Schutzsystem urteilte er dahin: dasselbe sei nur ein Mittel, in einem Lande die Großindustrie aufzuführen; aber von dem Augenblick an, wo ein Land vom Weltmarkt abhängt, hängt es auch schon mehr oder weniger vom Freihandel ab. Weiter sagt er wörtlich: „Im Allgemeinen ist heute zutage das Schutzsystem-konservativ, während das Freihandelsystem zerstörend wirkt. Es zerlegt die Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen

Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem Sinne stimme ich für den Freihandel.“ Den Hauptnachdruck legt aber die Schutzöllner auf folgenden Ausspruch von Marx: „Das Fallen des Preises der landwirtschaftlichen Produkte reduziert die Löhne nicht nur der landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch aller Derer, die in der Industrie arbeiten oder im Handel beschäftigt sind.“

Dieser Ausspruch ist in einem ganz anderen Sinne zu nehmen, als die Agrarzölle ihm bestimmen. Es ist damit gesagt, daß, wenn der Lohn der Höhe der Lebensmittelpreise folgt, und diese Bewegung durch nichts verhindert werden kann, allerdings ein Fall des Getreidepreises ein Fall des Lohnes mit sich bringt. Das ist der sogenannte „natürliche Ausgleich im Wirtschaftsleben“, wo das Kapital zu den Arbeitern sagen kann: „Das Brot ist billiger geworden, also braucht Ihr auch nicht mehr so viel Lohn.“ Anders aber liegt die Sache, wenn wirtschaftlich aufgelärtete Arbeiter auf dem Boden ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation sich wehren können gegen die Herausbildung der Löhne und Lohnabschöpfungen zu erkämpfen im Stande sind, die ihnen freiwillig niemals gewährt werden. Unsere Agrarbeamten versprechen, was Marx sonst noch gesagt hat: „Glauben Sie aber nicht, daß, wenn wir die Handelsfreiheit kritisieren, wir die Abfahrt haben, das Schutzsystem zu verhindern. Man kann den Konstitutionalismus belämmern, ohne deshalb Freund des Absolutismus zu sein.“

Die Erfahrung lehrt, daß es ein Trugschluss ist, zu glauben, daß die Steigerung der Löhne „natürlich“ Schritt halte mit der Vertheuerung der Lebenshaltung. Immer müssen die Arbeiter Anstrengungen machen, wenigstens einen theils weisen Ausgleich zu erreichen; nur unter hartem Kampf mit dem Kapital können sie der Vertheuerung und Verschlechterung der Lebenshaltung begegnen. Wie meinen, darüber könnte kein Arbeiter mehr im Zweifel sein.

Unsere Schutzöllner treiben Schwipfel, wenn sie sagen, daß auch die Arbeiterklasse Vortheil von ihrem System habe. Dasselbe ist Alles in Allem durchaus und lediglich auf den Vortheil der Großgrundbesitzer und einer kleinen Clique Großindustrieller bezogen. Für uns Deutsche kommt hinzu, daß es eine wesentliche Stütze des ganzen herrschenden reaktionären Systems bilden soll. In demselben Maße, wie das Junkerthum durch dieses System wirtschaftlich und materiell gestärkt wird, wächst auch seine Unerschämlichkeit, seine Unmaßigung in allen anderen Richtungen. Das hat sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre ja zu Genüge gezeigt: stärker, möglicherweise hohen Tribut vom Volke und die unbedingte Herrschaft über das Volk, das ist das Programm des Junkerthums. Die volksfeindliche und gemeinwohldienliche Tendenz der Agrarzölle liegt für jeden, der sehen kann, offen zu Tage. Es ist denn auch noch nie der Fall gewesen, daß Sozialdemokraten für diese Art von Schutzzöllen eingetreten sind. Was die industriellen Schutzzölle betrifft, so hat es in der sozialdemokratischen Partei allerdings

immer eine Richtung gegeben, die dieselben nicht unbedingt grundsätzlich verworfen wissen wollte. Ende der sechziger Jahre und auch noch später wandten sozialdemokratische Arbeiterkreise, besonders in den rheinischen Industriegegenden in Westfalen, Sachsen, der Idee industrieller Schutzzölle sich zu auf Grund der Annahme, daß durch dieselben die Arbeitsgelegenheit vermehrt und die Arbeit lohnender gemacht werden könnte. Hauptähnlich in den Kreisen der Textilindustrie war diese Ansicht verbreitet. Einer der ersten sozialdemokratischen Abgeordneten, Dr. v. Schweizer, erklärte im Reichstage, daß er für Aufhebung oder Herabsetzung bestehender Schutzzölle nur in zwei Fällen eintreten könne: erstens nämlich bei einem Industriezweig, der in vollster Blüthe steht und dem Auslande gegenüber vollständig konkurrenzfähig ist, und im entgegengesetzten Falle, wenn ein Industriezweig zweitens dem Untergange verfallen ist. Ähnlich sprach im Jahre 1877 der Abgeordnete Brack im Reichstage sich aus. Er nahm an, daß es eine Anzahl von Fällen geben könne, wo es geboten sei, der heimischen Industrie einen Schutz durch Zölle zu gewähren und zwar unter dem speziellen Gesichtspunkte der Arbeiterinteressen. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich zwei Jahre später der Abgeordnete Kayser.

Im Jahre 1876 hatte der sozialdemokratische Parteitag zu Gotha Stellung zur Frage des Schutzzolls genommen mit einer Resolution, in der es heißt: 1. daß die Sozialisten Deutschlands dem Kampfe zwischen Freihandel und Schutzzoll fremd gegenüberstehen, daß 2. die Frage des Schutzzolls eine praktische, in jedem einzelnen Falle zu entscheidende Frage sei, daß 3. die Noth der arbeitenden Klasse in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen vorgehe, daß 4. die bestehenden Handelsverträge ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen seien und eine Aenderung erforderten und daß 5. die Arbeiter davor zu warnen seien, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Die Entwicklung, welche das Schutzzollsystem sobald seit Ende der sechziger Jahre nahm, zeigte, wie wohl angebracht die im letzten Satze ausgedrückte Warnung war. Immer schärfer trat der durchaus reaktionäre Charakter der Schutzzöllner hervor, immer offensichtlicher wurde, daß die industriellen Schutzzölle mit den agrarischen das System bilden, welches geradezu auf die Ausbeutung des Volkes berechnet erscheint. Aus dieser Erkenntnis heraus nahm der sozialdemokratische Parteitag zu Gotha 1891 in das neue Parteiprogramm die Forderung auf: „Abgeschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Bis in die neueste Zeit hinein sind in der sozialdemokratischen Partei immer wieder Stimmen laut geworden, welche betonen, daß industrielle Schutzzölle unter Umständen nicht zu verwerfen seien, als Kampfmittel im Interesse der Arbeiter. Der erwähnte Punkt des Parteiprogramms schließt diese rein praktische Erwägung ja auch nicht aus. Sie trat auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 und auf dem diesjährigen sehr scharf hervor. Wir stehen nicht an, ohne Weiteres zuzugeben, daß gewisse wirtschaftliche Situationen dazu drängen können, diese Erwägung allen Ernstes anzutreiben, z. B. wenn, was doch wirklich nicht ausgeschlossen ist, die Konkurrenz der äußerst billigen Kulturarbeit über und kommen sollte.

Aber mit solcher Gefahr haben wir es gegenwärtig nicht zu thun. Und die Tendenz des bestehenden Schutzzollsystems richtet sich durchaus nicht gegen eine derartige Gefahr; sie geht in einer ganz anderen Richtung, nämlich auf die Wahrung speziell großagrarischer und großkapitalistischer Interessen. Hier ist die Berufung auf die „Interessen der nationalen Arbeit“ nur Vorwand. Es soll damit die Thatsache verdekt werden, daß die Schutzzöllner die Masse der Konsumenten, in erster Linie die Arbeiterklasse, der Preisdictatur der vereinigten Großgrundbesitzer und Großindustriellen mächtig und hilflos überantworten wollen.

Entsprechend dieser Erkenntnis hat der diesjährige sozialdemokratische Parteitag sich ausgesprochen: für Ablehnung aller Zölle und Zollerhöhungen; für möglichste Beseitigung eventuell Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei der Neugestaltung des Zolltarifs; für eine Handelsvertragspolitik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortwährend aufzuheben und den freien Weltmarkt zu fördern.

Vor allen Dingen hat das arbeitende Volk gegenwärtig die unabsehbare Pflicht, energischsten Protest zu erheben gegen das Vorhaben der Agrarier, es mit neuen Hungerzöllen zu belasten. Die Protestbewegung ist im Gange. Möge jeder Leser unseres Blattes sie kräftig unterstützen!

und widerfinniger Behauptungen auf, indem sie sich alle die Gründe aneignete, die unter dem entschiedensten Widerstreit der Reichstagsmehrheit und einer Reihe heroberragender Juristen vor den Vertheidigern der Verordnung geltend gemacht worden sind.

Wie der Lübecker Senat selbst und mit ihm der Vertreter der Reichsregierung, Dr. Nieberding, so behauptet auch die Begründung, daß das Streitpostenverbot kein Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter sei.

In welchem Maße es tatsächlich einen solchen Eingriff insb. darstellt, daß es tatsächlich geradezu darauf gerichtet ist, den gesetzlich anerkannten Zweck der Koalition zu verhindern, haben wir schon öfter erhöpfend dargelegt. Selbst der nationalliberale Abgeordnete Passermann hat im Reichstag unumwunden zugegeben, daß das Streitpostenstellen zur Durchführung von Streiks unbedingt notwendig sei und deshalb, wenn man das Koalitionsrecht selbst noch gelten lassen wolle, nicht verboten werden dürfe. Nach rechtlich-logischen Erwägungen kann es sich nur darum handeln, daß die Beobachtung und Beeinflussung Arbeitwilliger nicht mit Mitteln unternommen wird, die reichsgesetzlich mit Strafe bedroht sind (§ 158 der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs).

In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ hat selbst der konserватiv Herr v. Buchta, ein Mecklenburger Jurist, dem Niemand eine Sympathie für das Koalitionsrecht der Arbeiter nachsagen kann, dem Zwecke der juristischen Logik Bedeutung tragend, erklärt, daß die Lübecker Verordnung einer Beschränkung des Koalitionsrechts gleichkommt und deshalb der Rechtmäßigkeit entbehrt.

Das Hamburger Gericht aber nimmt die Rechtmäßigkeit der Verordnung an, wobei ihm alle entgegenstehenden Stimmen nichts geltent! Die Rechtmäßigkeitserklärung geht in ihrer juristischen Unkonsequenz so weit, zu erklären:

„Wäre nun das Ausstellen von Streitposten notwendig, um die im § 158 bezeichneten Verabredungen und Vereinigungen herbeizuführen zu können, dann würde ein verbotener Eingriff in die Koalitionsfreiheit vorliegen, wenn das Ausstellen von Streitposten verboten würde. Das Gericht kann aber ernstlich nicht behaupten werden, also ist letzteres auch nicht der Fall.“

Man wird im Reichstage Gelegenheit nehmen, festzustellen, daß die in der Sitzung vom 11. Juni d. J. von sozialdemokratischen, ultramontanen, freimaurer und nationalliberalen Rednern abgegebene Erklärung, das Streitpostenstein sei notwendig für Durchführung der gesetzlich gestalteten Koalitionszwecke, vollstendl. Ernst und ernsthafteste Würdigung zu beanspruchen hat!

Seiner eigenen Logik nach müßte das Hamburger Gericht dazu gekommen sein, zu erklären: die Notwendigkeit des Streitpostenstein sei von der Weisheit des Reichstages in ernsthafter und eindringlicher Weise betont worden —, ergo ist die Lübecker Verordnung ungültig.

Doch abgesehen davon muß ausgesprochen werden, daß das Hamburger Urteil mit seinem hier zitierten Satze sich selbst aufhebt. Es hat keine Polizeihoheit und kein Gericht darüber zu befinden, welche Mittel notwendig sind, um einen Streit durchzuführen. Ob das Streitpostenstein notwendig ist, das geht die Polizei und das Gericht garnichts an, ebenso wenig wie: ob es im Interesse des Streiks sich als notwendig erwies, Versammlungen abzuhalten, Flugblätter zu verbreiten, Aufrufe zur Unterstützung zu erläutern etc. Wenn das Mittel an sich zulässig ist, dann hat die Justiz nicht die Befugnis, sich darum zu kümmern, ob seine Anwendung i. h. wendig oder nicht. Darüber zu befinden, ist lediglich Sache des Streitposten.

Wäre die Justiz befugt, die Anwendung eines Mittels zum Zweck der Beältigung eines Rechtes vom Nachweis über der willkürlichen Annahme der „Notwendigkeit“ abhängig zu machen —, wohin würden wir da mit dem Rechte kommen? Dann würde die Justiz die Beältigung jedes Rechtes unmöglich machen können: z. B. ganz in ihrem Belieben, zu erklären: die Arbeiterkoalition und Organisation als Mittel zur Durchführung von Streiks sind überhaupt nicht notwendig, also durch Polizeibefehl zu verbieten.

Die gesamte unabhängige bürgerliche Presse ist mit und der Überzeugung, daß das Hamburger Urteil unhalbar ist vom Reichsgericht aufgehoben werden muß. Für den Reichstag aber bietet dieses Urteil die zwingendste Veranlassung, endlich mit gebährnder Energie daran zu gehen, das Koalitionsrecht in jeder Beziehung sicher zu stellen, wobei ausdrücklich erklärt werden muß, daß das Streitpostenstein nicht verboten und bestraft werden darf.

Kundschau.

* Opfer der Klassenjustiz. Ein trauriges Nachspiel zum Elbinger Mauerstreit hat am Mittwoch, den 21. Oktober, vor der Elbinger Strafammer stattgefunden. Wegen „versuchter Verletzung zum Mord“ wurden die Mauersteife und Moltz zu je einem Jahre Buße

haus beruhelt. Rost hat zu Beginn des Streits den Maurer Broßnitski gefragt, ob er auch müstet, was von B. hecht wurde. Hierauf soll R. gesagt haben: „Na, sonst hättest Du auch ein paar Ohren ab verdient“. Diese Neuerung, obwohl garnicht am Platze, konnte nach Lage der Sache nicht als Drohung aufgesetzt werden und ist als solche auch nicht von Broßnitski aufgesetzt worden. Es wurde jedoch darüber geredet, und ein Unternehmer sorgte dafür, daß die „Drohung“ der Staatsanwaltschaft angezeigt wurde. Rost, der zweiter Bevollmächtigter unserer Verbandszahlstelle und in der Streitleitung war, erhielt eine Anklage wegen Bedrohung. Broßnitski stand als Streitender selbstverständlich in freundschaftlichem Verkehr mit Rost und den übrigen Streitteilern und ihm konnte natürlich nichts daran liegen, den Angestellten bestraft zu sehen. Als Zeuge vor Gericht konnte R. ja auch nur aussagen, daß er sich nicht bedroht gefühlt habe. Auf Vorhalt, ob er beeinflußt worden sei, sagte er jedoch aus: Rost habe vor der Verhandlung, die am 20. Juli stattfand, mit ihm gesprochen und folgende Worte gebraucht: „Na, dann sieh man zu, daß Du mich nicht zu doll hereinlegst.“ Auch Kriese hat mit Broßnitski gesprochen und gesagt: „Na, Hans, sieh man zu, daß Du ihn nicht zu doll hereinlegst.“ Kriese war Vorsitzender der Streitkommission und ist weiteren Kreisen durch seine militärisch-gerichtliche Beruhigung bekannt geworden, die deswegen erfolgte, weil er als Referent vor Gericht befunden hatte, daß er in Civil Sozialdemokrat sei.

Rost wurde damals wegen seiner harmlosen, wenn auch ungebührlichen Auseinandersetzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis und die sofortige Verhaftung beantragt. Das Gericht folgte diesem Antrage nicht, versagte insbesondere nicht die Verhaftung, kam aber doch zu dem ungeheuerlichen Strafmaß. Der Staatsanwalt gab sich jedoch damals nicht zufrieden; als Rost und Kriese (Vorster) hattet der Verhandlung als Zuhörer beobachtet) das Gerichtsgebäude verlassen, wurden beide verhaftet. Aus den harmlosen Worten: Na, sieh man zu, wurde, machte die Anklagebehörde „Versuch Verhetzung zum Mord“. Und so ungeheuerlich es klang mag, der Staatsanwalt stand einem Gerichtshof, der zwei ehrenhafte Männer, die sich nimmermehr eines schimpflichen Verbrechens schuldig gemacht haben, in's Buchhaus schick. Vergesellschaftet der Verhandlungsgerichts-Königswberg, auf das tabulose Vorleben der Angestellten hin, vergebens führte er auch den Nachweis, daß die Worte, welche zu Broßnitski gebracht wurden, nicht als ein Versuch, zur Unwahrheit zu verleiten, zu betrachten seien, sondern eine Warnung, die Rechte hatten sich ihr Urteil gebildet. Auch die Arbeiterschaft hat sich ihr Urteil gebildet, nicht nur über das Buchhausurteil in Elbing, sondern über die Klassensolidarität schlechthin.

Die beiden Beruhilten bleiben in den Augen ihrer Kollegen und Genossen Ehrenmänner im besten Sinne des Wortes, nicht der geringste Matel wird an ihnen haften bleiben. Mögen sie weitersehen!

* Aus idealen Motiven erhält ein Streitbrecher eine Ohrfeige. Wegen Vergehen gegen den § 153 der G. & D. und wegen Körperverletzung war Kollege Löhring in Elbing vor dem dortigen Gericht angestellt. Ein wahrer Musterhabe von Streitbrecher, ließ sich vom Streitkomitee Unterstützung und Beisegel auszahlen und sandt auch auswärtig Verdächtigung. Es dauerte aber nicht lange, dann war dies „staatsbedeutende Element“ wiederum in Elbing, wußte sich nochmals Streitunterstützung zu verschaffen und nahm ab dann die Arbeit als Streitbrecher auf. Hierüber mit Nachdruck erregt, stellte Löhring den Musterhabe an die Rechte, ließ ihn seine Beurteilung und schließlich auch eine gesetzliche Ohrfeige führen. Nun folgte Deuteln und Webslagen und die Polizei mußte helfen, die „Ehre“ des Streitbrechers zu reparieren. Der Amtsgericht holt die Anklage in vollem Umfang aufrecht und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht ließ aber den ganzen § 153 fallen und beruhilte R. wegen einfacher Verleumdung zu M. 10., wegen thätlicher Bekleidung zu M. 20. Geldstrafe. In der Begründung des Urteils heißt es, Löhring habe aus idealen Motiven gehandelt.

* Organisator Unternehmerterroristvorwurf. Der Bund der Gewerke. Unternehmerverbände zählt jetzt 15 Vereine mit 1959 Unternehmern als Mitglieder. Der Anfang von drei weiteren Verbänden soll bevorstehen, so daß nach deren Beitritt über 75 000 Arbeiter durch die im Bunde vertretenen Unternehmer ausgebettet werden. Die schon jetzt vielleicht gesuchte Pragaz, nicht die geringste Arbeit an Unternehmern zu vergeben, die keinem der bestehenden Verbände angehören oder solchen feindlich gegenüberstehen, soll allgemein durchgeführt werden, und wenn auftretenden Unternehmern bemocht Arbeit übertragen werden, auf deren Vergebung der Bunde einen Einfluss ausüben kann, so soll den Unternehmern solcher Arbeiten, daß Material entzogen werden. Erst nach straffer Durchführung des Vorfalls glaubt der Bunde nach dem berichtigten Hamburger Muster in der Lage zu sein, seine Hauptaufgabe, der Arbeitersubstitution, gerecht werden zu können.

Der Bunde hat sich auch zur Aufgabe gemacht, die Stellensuchtfälle allgemein einzuhören, wie sich auch der Bunde dem Protest des Verbandes der Baugeschäfte gegen die von den Arbeitern geforderte Baufontrolle angeschlossen hat; weiter hat der Bunde protestiert gegen die lehrlinge Überlassung von M. 800 000 zu 2% pgl. an den Centralverein für Arbeitsnachschub, der im Sinne des sozialen Friedens wirken will. — Den Bunde angelassen haben sich bisher die Vereinigungen der Berliner Metallwarenfabrikanten, der

Klemmuemeister, der Metallschraubenfabrikanten, der Schuh- und Piano-fabrikanten, der Glas- und Keramik-Unternehmer, die Bäder-Zinnung Germania, die Verbände der Bau-, Gips-, Beton-, Malerei- und Fliesenfabrikäte, der Kunstschilderfertiger, der Glaser, Töpfer und Bildhauermeister. Die Herausgabe eines gemeinsamen Mitgliedsverzeichnisses und die Errichtung eines Geschäftsamtes sind in Aussicht genommen.

Die sich immer kräfter gestaltende Organisation der Unternehmer sollte es jedem Arbeiter zur Pflicht machen, daß im Interesse der Kultur den bestehenden Arbeitersorganisationen anzuhören. Wir wollen bei dieser Gelegenheit den Arbeitern allerdings nicht raten, das Maß von Terrorismus auf die Nichtorganisierten auszuüben, das die koalitionären Unternehmer auf die ihrer Organisation fern stehenden Arbeitgeber front und frei unter der Unparteilichkeit der 12 000 Mart-Negligierung empfehlen können. Das würde den Arbeitern bei der innigen Begeisterung der Regierung und Großunternehmerkum schlecht bekommen. Aber immer und immer wieder ist der der Agitation darauf hinzuweisen, daß in heutiger Zeit außer den eigenen ökonomischen Faktoren Strebew, seine Selbststaltung vor den sozialen Unternehmern und deren Kommiss zu wöhnen, der Arbeiter der Gewerkschaft zu führen sollte. Nur wenn die erdrückende Mehrzahl der Arbeiter den von Regierung und Unternehmern gleichmäsig angefeindeten Organisationen beigetreten ist, kann den kulturschädlichen Gefolgen der Unternehmer einen Sieg vorgehoben werden.

Baugewerblieb.

* Fährlichkeit der Bauarbeit. Bielefeld a. Rh. Am Samstag, 3. November, starzte der verhältnismäßig Zimmermann Becker von einem Baugerüst an der Wyderhoff'schen Fabrik und verlor sich so schwer, daß er alsbald verstarrt. Hannover. Auf einem Neubau starzte der mit Fensterschlössern beschäftigte 45jährige Tischler Ernst Schulz auf die Stroh und zog sich schwer inneren Verlegerungen einen Schädel- und Hirnbalkenbruch zu. Der lebensgefährliche Verletzte wurde ins Krankenhaus geschafft.

Bielefeld. An der Dresdener Bahn war ein Arbeiter mit der Reparatur des Dampfschornsteins des Maschinenhauses beschäftigt. Der bedauernswerte Mann starb somit dem Fahrsturz in den Eisenstach hin und blieb in einer Höhe von 2 m hängen, so daß er von Mannschaft der Feuerwehr aus dieser Lage befreit werden mußte. Der Verunglückte war, als man ihn erreichte, eine Leiche. Der Tod scheint sofort eingetreten zu sein.

Nürnberg. Auf einem Neubau in Moersdorf entstieß am 7. November, Vormittags 10 Uhr, einem Steinträger vom Gerüst des ersten Stockes eine mit Bleigefüllten gefüllte Krone. Ein gerade am Gerüst vorüber gehender Kanalarbeiter wurde von der Krone getroffen und erlitt hierdurch eine bedeutende Quetschung an der Nase. Auf einem Neubau in Salzgitter am 7. November, Nachmittags 8 Uhr, ein schwerer älterer Sänder beim Aufrichten plötzlich um und traf den Zimmermann Wendelin Walbrunn so ungünstig, daß er einen Bruch des linken Oberarmes und eine Verletzung der Mittelfußseite erlitt.

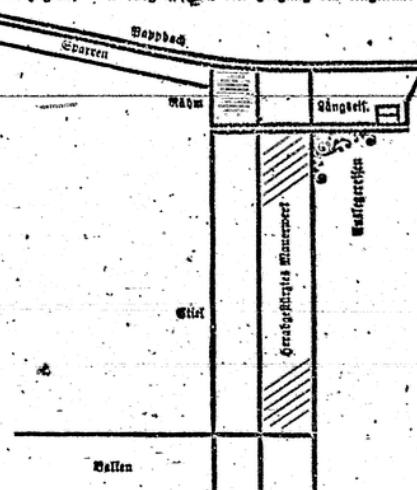
Würden, den 5. November. Beim Neubau des Mauer- und Zimmermeisters Hagedorn verunglückte der Bauarbeiter v. Götsch. Dieser brachte eine Tracht Mauersteine (ungefähr 20 Stück) auf das Gerüst und da zufällig Niemand zur Hand war, der ihm die Steine abnahm, warf er sie auf das Gerüst, wodurch ein Nagel rutschte und der Arbeiter mit dem Gerüst in die Tiefe stürzte. Der Verunglückte hat bedeutende Verlegerungen erlitten. Eine nachträgliche Untersuchung der Bautechnikkommission hat ergeben, daß das Gerüst an diesem Bau im Allgemeinen recht ungenügend war; die Negligier entsprachen den Anforderungen lange nicht. Wir möchten hierdurch nochmals die Mahnung an die Kollegen richten, beim Aufbau von Gerüsten und bei der Arbeit überhaupt mehr Vorsicht und Sorgfalt walten zu lassen. Die Erfahrung in letzter Zeit stellt ein recht schreckliches Zeugnis aus für unsern Willen auf dem Gebiete des Bauarbeiterzuges.

Witten, am 9. November. Gestern starzte auf einem Bauhof, ausgestrahlt vom Baumeister Lüthje, eine unverheirathete Arbeiterin infolge Fehlritts von der dritten Etage in den Keller. Lebensgefährdet verletzt, wurde die Bedauernswertige in das Krankenhaus überführt. Die Abdichtung der Dollenlage rutschte in allen Etagen. Die Arbeiter erklärten, sie hätten keine Schuld daran, daß die unübigen Schutzmaßregeln nicht getroffen seien.

* Brandstiftung in Cottbus. Am 7. November, früh um 8 Uhr, starzte ein Teil des im Abruch befindlichen Hauses Breitestraße 29/30 zusammen und löste fünf Straßenpavillons aus. Fünf junge Mädchen im Alter von 17, 20 und 21 Jahren, einen jungen Mann, 23 Jahre alt, und eine ältere Frau im Alter von 60 Jahren. Fünf weitere Personen, die gerade an dem Hause vorüber gingen, erlitten teilweise schwere, teils leichte Verlegerungen. Über die Ursachen dieses schrecklichen Brandstiftungsbürotheit Herr Rathausmeister Dieder, der von der Staatsanwaltschaft als Sachverständiger zu der Beleidigung hinzugezogen worden war, in der Stadtverordnetenversammlung die mit der Angelegenheit beschäftigte, folgendes: Die Pavillons des Grundstücks waren vom Besitzer an den Eigentümer Walz zum Abruch verkauft und von diesem an den Fischerei-König in Grabow für M. 5000 weiter verkauft worden. König hat sich nun mit dem Zimmergesellen Geits zusammengetan, welcher ein Drüttchen des Gewinns aus den Abruchsmaterialien erhalten sollte. Geits ist am 8. November nach diesem Vertragshörensatz zurückgetreten, weil er die Arbeit nicht für rentabel hielt, und an seine Stelle ist der Maurer und Baumeister Michel getreten, der am 2. Dezember eine Abfindungssumme von M. 50 zahlte und sich auf Verantwortung König's das Recht gehabt, als ob er den ganzen Abruch übernommen hätte. Die ganze Thätigkeit von König und Michel besteht nun darin, daß sie die noch brauchbaren Materialien zusammentragen ließen und sie verkaufen; um den Abruch haben sie sich garnicht gekümmert; sie hatten auch keine sachkundigen Beute eingestellt, sondern nur gewöhnliche, zum Theil polnische Arbeiter. Ohne Abruchserlaubnis haben sie die hinteren Baustoffe abgerissen und sogar das Dachgebäude in Angriff genommen, obwohl trotz des großen Verkehrs kein erlaubter Baubetrieb in derartigen getroffen waren. Am Sonnabend wurde ihnen noch polizeilich verboden, vor Erteilung des Konzesses mit dem Abruch des Vorderhauses zu beginnen, und

noch am Montag wurde dem Revier-Polizeikommissar versichert, daß kein Nagel entfernt werden würde, während in Wirklichkeit in unzähligen Weise der Abruch des Daches bereits bewerkstelligt wurde. Von der Strafe aus war dies nicht zu bemerken, da das Dach stach war und die Arbeiter durch die auf dem Gebäude angebrachte Alitra den Widerstand der Vorbergehenden entzogen wurden. Das Loszuhalten der Sparten wurde von den polnischen Arbeitern ohne jedes Verständnis, in gezeigter sinnloser Weise ausgeführt. Am Montag wurde bereits über die Hälfte der Sparten abgebrochen; bis Mittwoch früh, dem Zeitpunkt der Katastrophen, waren ein großer Theil des Daches, die ganze Dachlagerung und der Dachfußboden weggenommen und heruntergeschlagen, dann wurden noch die letzten Sparten, die Binder und Spannbänder entfernt, so daß der ganze Dachfuß ohne Verbindung stand. Dann wurde versucht, mittels Brechstangen die Sparten nach hinten zu ziehen. Wohl in einer Weise konnte überhaupt nicht verfahren werden. Da der Dampf, wie hätte geschehen müssen, nicht gefüllt war, ist er bei der Begradigung der letzten Sparten mit dem Dach, das auf dem Dach, habe man auch den Schutt angesehen und habe keine anderen Anter gesehen. Nun waren die Arbeiter dabei, das Dach abzunehmen, und dadurch müssen sich die Spangen der Hauptgelenksausleger gelöst haben. Auch müssen die Leute sonst wohl sehr unvorsichtig gewesen sein und notwendige Konstruktionen des Daches, wie Bogen, Strebew. etc., mit ihren Verbindungen so früh entfernt haben. Unverantwortlich ist es aber von den Leuten, keinen Bauantrag gestellt zu haben. Und kann ich mir garnicht vorstellen, daß das Mauerwerk so plötzlich gesunken ist, daß man nicht einmal die Menschen durch laute Kurze warnen konnte.

Nachstehende Skizze veranschaulicht das Unglückschauplatz und zeigt zugleich einen Begriff über den Verlauf des Unglücks.



Aus den Gutachten der beiden Sachverständigen geht klar hervor, daß die Jagd nach Gewinn in erster Linie das Unglück verhindert hat. Zwei gemischtseitige Unternehmer, die kaum selbst etwas von den gefährlichen Abrucharbeiten verstehten, stellen polnische Arbeiter ein und betreiben sie mit der Ausführung dieser Arbeiten, nur weil sie billiger sind, als Leute, die etwas vom Handwerk verstehen. Wahrsch. das lenkt unsere so herrliche Gesellschaftsordnung auf das Geschäft. Mögen immerhin einige Menschenleben zu Grunde gehen, was macht's, wenn nur der Unternehmer seinen Gewinn einstreichen kann: Noch sind König und Michel, die Unternehmer des Abrückes, verhaftet und sie werden auch vorläufiglich bestraft werden, aber damit ist das namenlose Unglück, welches sie in bodenlosen Leidstritten und in der Gier nach Geld über zahlreiche Familien brachte, nicht aus der Welt geschafft.

Und die Behörden? Sind sie von jeglicher Schuld frei zu sprechen? Unserer Ansicht nach muss die Antwort lautet: „Nein!“ Das einfache Verbot, mit den Abrucharbeiten so lange zu warten, bis der hierzu erforderliche Konzess erlaubt war, genügte nicht, die Behörde mußte sich gewiss machen, daß ihr Verbot auch befolgt werde. Das ist anschließend unterschlagen worden, und deshalb trifft auch die Behörden ein Theil Schuld an dem Unglück.

Was wird nun getrieben, um in Zukunft ähnliche Unglücksfälle zu verhindern? Wahrscheinlich sehr wenig. Einige nichtsagende Verordnungen werden vielleicht erlassen werden, in der Haupstadt wird aber alles bei'm Alten bleiben. Die Chancen, die praktische Vorschläge zur Verhütung von Unfällen machen könnten, die gelernten Bauarbeiter, werden nicht gehabt, ihre Vorschläge bleiben unbeachtet. Wo zu auch, der Profit könnte da durch geschmäler werden.

Nach alledem ist das Unglück in seiner ganzen grausigen Größe vergetan, das Gewissen der Bourgeoisie ist eingeschläfert und die Unternehmer, ob „geprüfte“ Innungsmeister oder Andere, wirsteln in der bisherigen Weise weiter. Menschenleben sind ja in der Zeit des Hunnenregiments so billig.

* Baumeister vor Gericht. Mit welch' bodenlosem Leidstritt eine gewisse Sorte von Baumeistern mit dem Leben

Landgericht München gegen den 33 Jahre alten "Baumeister" Ludwig Trenner. Der Angeklagte führte in der Hinterstrasse in Minden einen Neubau auf, der aber auf Anregung des "Münchener Volks" wegen seines geradezu gemeingefährlichen Zustandes von der Baupolizei stillgelegt wurde. In gerader, freibarer Weise wieg der Angeklagte Trenner von dem von der Totalbaulokommission genehmigten Baupläne ab, so z. B. ließ er in der vorderen Durchfahrt des Hauses die Tragsteine auf gewöhnliches Mauerwerk, statt auf Quadertafeln anlegen, wodurch das Mauerwerk durch die Last zerdrückt wurde und absprödelte. Bei der rückwärtigen Durchfahrt ließ er die Mauer, jedenfalls weil billiger, statt aus Blaustein, aus gewöhnlichen Steinen mit Kettverbindung herstellen und die Unterzugsträger der Durchfahrt wurden überhaupt eingespart. Die Höhe, wie der Durchfahrt ließ Trenner eigenmächtig auf 2,70 m ausdehnen, so daß die Eisenträger an ihren Enden nur mehr eine Auflage von 15 cm statt 40 cm hatten. In dem im Parterre errichteten Wirtschaftslokale ließ Trenner, jedenfalls wieder aus Sparansichten, die in Pläne vorgesehene eisernen Träger ganz weg, außerdem ließ er auch noch schwächer Durchzugsbalken einlegen. Ferner unterließ Trenner die Herstellung einer Verbindungsmauer zwischen dem Gaufolste und dem daneben befindlichen Zimmer; außerdem waren in dem im Erdgeschoss errichteten Laden die Auslagen der Durchzugsbalken schief hergestellt und endlich hat der laubere Baumeister entgegen dem genehmigten Pläne im Dachraum des Hauses Wohnungen einzubauen lassen. Trotzdem, daß der Bau polizeilich eingestellt wurde, hatte Trenner ihn dennoch im Kloßbau fertiggestellt, so daß es ein Wunder genannt werden muß, daß das heretische Bauwerk nicht in sich zusammenstürzte. Außerdem wurde konstatiert, daß der Herr Baumeister sich mit dem Projekt längst angefangen (der Neubau war bereits bis zum ersten Stockwerk gelehnt), ehe die Totalbaulokommission die eingereichten Baupläne genehmigt hatte. Die Beamten der Totalbaulokommission hatten die Planabweichungen drei Mal bestanden, ohne daß jad die gewissenhaften Baumeister darum etwas gescheut hätte. Als ihm dann die Baulistung entzogen und sein Meister übertragen wurde, hatte dieser nicht weniger als fast vier Monate Arbeit, um den Bauordnungswidrigen Zustand zu befeiligen. Alli allerlei faulen Bauber sagt Trenner sein Gedächtnis zu verhindern. Staatsanwalt Eichhorn gestellte jedoch das gemeinschaftliche Treiben des Angeklagten Tief und beantragte für ihn 6 Monate Gefängnis. Wegen eines gemeldeähnlichen Vergehens wurde Trenner vom Gericht zu M. 600 Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis und wegen einer Übertretung baupolizeilicher Vorschriften zu M. 60 oder 10 Tagen Haft verurteilt.

Wie leichtfertig die Unternehmer es mit dem Bauarbeiterkampf nehu, zeigt eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts in Elberfeld. Am 4. August d. J. waren die Arbeiter eines Neubaus in der Wallstraße mit dem Aufziehen von elterlichen Trägern zur ersten Etage beschäftigt. Zu diesem Zweck war ein Dreieck angebracht, welches ancheinend nicht genügende Widerstandsfähigkeit besaß, denn als bereits zwei Träger hinaufsteckten waren, stürzte beim Aufziehen des dritten das Gerüst zusammen, und der 1100 kg schwere Träger fiel zur Erde, wodurch der oben stehende Maurer Wilhelm Otto mit hinabgerissen wurde. Dieser wurde von einem Ende des Trägers getroffen und erlitt einen schweren Bruch des Beins. Der Verleger ist noch nicht hergestellt und befindet sich noch im Krankenhaus. Als Sachverständiger war u. A. auch Baumeister Miesling geladen, welcher die Unfallstelle sofort nach dem Unfall besichtigt hatte. Er erhielt die Urteile des Urteils und den ungenügenden Befestigung des Säulen des Podest, welches die Last des Trägers zu tragen hatte. Darin sei ein großer Verlust gegen die Regeln der Baukunst und eine Fahrlässigkeit des Unternehmers zu erkennen, welcher die bei solchen gefährlichen Arbeiten unter allen Umständen haftbar sei und nicht alles auf den Baumeister abwälzen könne. Als verantwortlich für das Unglück war der Bauunternehmer vorländer angesehen. Dieser war bei dem Aufziehen der Träger zugegen gewesen und sah den Arbeiten von der Straße aus zu, wie das ja bei diesen Herren üblich ist. Auch er beschuldigte die Schuld auf den Baumeister abzuwälzen, da er nicht alle Einzelheiten präzise kannte. (Sedentärs deshalb nicht, weil er selbst von solchen Arbeiten nichts versteht und sich auch nie die Mühe genommen hat, davon etwas verlesen zu wollen. Die Reb.) Das Gericht stellte sich in seinem Urteil auf den Standpunkt des Baumeisters Miesling. Es wurde hergehoben, daß bei Arbeiten, welche mit besonders großer Gefahr verbunden sind, die Unternehmer sich persönlich der Zulässigkeit der Fortschrittsmaßregeln zu überzeugen hat. Indem er die Art der Befestigung des Dreiecks nicht nachschaut, handelt er fahrlässig und mache sich strafbar. Das Urteil lautete wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung auf M. 200 Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis.

* Die Baugewerbe-Berufsgenossenschaften haben in Nürnberg ihren 15. Verbandsstag abgehalten. Das Reichsversicherungsamt hatte zwei Geheimräthe, die Herren Graf und Hartmann, delegiert, und kam es zwischen dem Leiter und den Vertretern der Berufsgenossenschaften zu schweren Meinungsverschiedenheiten über die Unfallversicherung. Dieser Punkt soll auch auf Anregung des Reichsversicherungsamtes auf die Tagesordnung gelegt werden sein. Nach einem Bericht der "Frank. Tagesspost" erklärte Geheimrat Hartmann, daß Unfallsversicherungsverein für das Baugewerbe genügend erlassen seien. Nur an der Überwachung der Betriebe fehle es. Eine scharfe Ueberwachung müsse jedenfalls Platz greifen. Der Ueberwachung durch die sogenannten Vertrauensmänner der Berufsgenossenschaft sprach Rebner sehr kritisch entgegen. Sie hätten bis dato nichts geleistet. Das wollten die Herren Bauarbeiter selbstverständlich nicht gelten lassen, und so kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden Helios und seinen Nachbrottern einstetts und Geheimrat Hartmann andererseits. Während Helios die unfallversichernde Tätigkeit der Vertrauensmänner über das Böhnenfeld lobte, erklärte Geheimrat Hartmann kundig, daß die Vertrauensmänner die Ueberwachung bisher garnicht ausgeübt hätten. Es fehlte jeder dieser sogenannten wichtige Nachweis dafür. Diese Erklärung entsetzte einen wahren Entzündungssturm unter den Vertriebenen der Berufsgenossenschaften. Ein Rebner erklärte, wenn man die Vertrauensmänner von der Ueberwachung der Betriebe entbinde, müsse man bei jedem Bau einen technisch gebildeten Schuhmann aussuchen. Gegenüber Helios, der sich u. A. auch für den Befähigungsnachweis in's Zeug gelegt hatte, erklärte Rebner d. J. bis zum 1. April 1901 den Stundenlohn der und die Spezialitäten teilt, die Gründungsmitglieder. Den

dann Geheimrat Graf, daß der Befähigungsnachweis allerdings wünschenswert, aber nicht geeignet sei, jeden Unfall zu verhindern, und Geheimrat Hartmann, der es mit den Herren auch nicht ganz verbergen wollte, erklärte sich zum Schlus als Gegner der Institution der Bauaufsicht aus dem Arbeitervorstand. So wurde der Friede wieder mißtun hergestellt. Der Vorstand sah das Ergebnis der Diskussion darin zusammen, daß sich kein Redner gegen die Auffassung von technisch gebildeten Befähigungsnachweisen ausgesprochen habe. Der Wunsch von Geheimrat Hartmann, die Ueberwachung der Betriebe des Vertrauensmännern zu entziehen, sei aber von keiner Seite befürwortet worden. (Es bleibt also beim Alten, es wird auch fernher nichts gemacht, um die Unfälle mehr als bisher unmöglich zu machen. Die Reb.) Zum Schluß wurde ein durch das Reichsversicherungsamt übermitteltes Beschluß des Vereins gegen das Mißbrauch geistiger Getränke bekanntgegeben, der den Genuss alkoholhaltiger Getränke auf Baustellen verboten haben will. Der Vorsitzende meinte, ein derartiges Verbot würden sich die Arbeiter kaum gehalten lassen. So diente das Schreiben nur

Gesellen von 30 auf 25 Ab herabzuleben". Die Herren Meister, sechs an der Zahl, motivierten diese Auffindung damit, daß sie durch "die unvorbereitete Lohnreduktion vom 1. Juli d. J. bedeutende Verluste gehabt hätten". Die Bautätigkeit geht in Schwabia zur Neige und während des Winters werden wenig oder gar keine Männer beschäftigt werden können. Innerhin wird es den Unternehmern nicht so ohn' Meister möglich sein, die geplante Lohnreduktion vorzunehmen. Sollte es ihnen dennoch gelingen, so tunnen sie versichert sein, daß sie wieder "unvorbereitet" den Lohn erhöhen müssen. Dann werden die Gesellen aber auch die Kosten des Lohnkampfes aufzutragen.

In Schlesien wurden zwei Kollegen von dem Unternehmer Greulich entlassen, weil sie einen anderen Maurer zu bewegen suchten, sich dem Verbund anzuschließen. Die beiden Geheimräthe erzielten anderer Tage Arbeit bei dem Unternehmer Greulich, wurden aber Ende der Woche wieder entlassen, weil sie "Anstieger" und "Sozialdemokraten" seien. Von den übrigen Kollegen zur Stelle gesetzt, doch doch Entlassungen wegen Zugabegefeil zur Organisation nicht stattfinden sollen, antworteten die Unternehmer mit groben Redensarten. Daraufhin legten sämtliche bei den beiden Unternehmen beschäftigten Männer die Arbeit nieder; die Mehrzahl reiste sofort ab. Wandernnde Kollegen werden erachtet, bei Greulich und Jerau die Arbeit anzunehmen.

Am Neubau des Walzwerkes in Silben (Rheinland) stellten am 1. November 25 Kollegen wegen Mangels von Schutzbefreiungen die Arbeit ein. Nachdem der Unternehmer die verlangten Schutzbefreiungen hatte anbringen lassen, wurde die Arbeit nach einer einflussreichen Ruhepause wieder aufgenommen. Aus Christiania (Norwegen) wird uns telegraphisch mitgeteilt, daß sich die dortigen Kollegen im Streik befinden.

Stukkature.

In Differenzen resp. im Streik befinden sich die Kollegen in Berlin und Leipzig. Zugang ist fern zu halten.

Aus unserer Bewegung.

Die Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Bogen Papier benutzt, so soll man ihn nicht blos durchbrechen, sondern gleich auseinanderziehen, weil sonst gewöhnlich über die Bruststelle auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachherige Trennung unmöglich wird. Berichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.

In Alken, in der "Herberge zur Helmata", fand am Sonnabend, den 8. November, eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher Kollege John aus Magdeburg über die Krise im Baugewerbe und wie Schülern wir uns vor Lohnherabsetzungen" referierte. Redner führte die Versammlung in großen Zügen der Zusammenhang und die Tendenzen der kapitalistischen Arbeitshaltungsweise vor Augen und zeigte an den Vorstandsmännern im Baugewerbe in mehreren großen Städten, daß die Krise, die sich seit Beginn dieses Jahres in der Industrieheimerkunft gemacht hat, seit dem Spätsommer auch das Baugewerbe ergriffen habe. Alle Mitglieder deuten darauf hin, daß das Unternehmerium damit umgeht, die Löhne bedient zu turzen. Dagegen müßten alle Arbeiter, insbesondere die Kollegen des Maurerverbands, entschieden Front machen. Jedes Mitglied sollte Agitator sein, kein Einzelner dürfe müde werden im Kampfe gegen den Unternehmerkordat. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß auch noch sehr viel in Betreff des Bauarbeiterkampfes, Schaffung und Verbesserung der Bauarbeiter und Arbeit geplant werden müsse. Die Arbeiter müssen unter allen Umständen dafür eintreten, daß die Unglücksfälle verhindert werden.

Die Bahnhofstelle Alt-Schaumburg hielt am Sonntag, den 4. November, eine außerordentliche Mitgliedsversammlung ob zu welcher der Kollege Eichstein-Wiedau als Referent erschienen war. Vor Beginn der Tagesordnung nahm Kollege Eichstein die Revision der Lokalfeste vor und sprach seine Zuständigkeit über die Führung derselben aus. Dieselbe war in größter Ordnung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Johann Kollege Eichstein einen lebhaften Vortrag über: "Die Aufgaben unserer Organisation" und ermahnte die Kollegen, pünktlicher in den Versammlungen zu erscheinen. Reicher Beitrag lohnte den Redner. Nachdem der Kollege Deutschnau noch einige Worte an die Kollegen gerichtet hatte, wurde die Versammlung geschlossen. — Nach Schluß der Versammlung kam folgendes zu Sprache. Es ist uns gelungen, die Kollegen aus der Umgegend zu einer festen Organisation zu bewegen. Nun haben sich die Kollegen genötigt, auch der Zentral-Strantensäfe beizutreten. Der Vorstand schätzte Deutschnau erstmals nach den Vorsitzenden der Strantensäfe um seine Genehmigung zur Errichtung einer Bahnhofstelle. Derselbe verweigerte aber die Genehmigung, weil er mit der früheren Bahnhofstelle Alt-Dreniwitsche Erfahrungen gemacht habe. Vorhin dieselben bezeichneten die Lohnreduktionen als Generalübernehmerin die Ausführung der Arbeiten auf Kosten Risse's in die Hand genommen und wünschte vor der Lohnkommission die Freigabe des Arbeitsplatzes, damit die dort beschäftigten gewerkschaftlichen Maurer die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Wenn der Lohnkommission der Nachweis erbracht wird, daß seitens des Generalübernehmers die Arbeit wirklich dem Risse abgenommen worden ist, so soll die Arbeit aufgenommen werden.

Am Montag (12. d. J.) hat das Stadtoberverwaltungskollegium sich mit der Strantensäfe und der Arbeitsaufstellung auf städtischen Bauten beschäftigt. Ueber die Verhandlungen haben wir bei Nebenbericht Schluß keine Mitteilung. Wie erzählt wird, haben die Stadtoberverwaltungskollegien erstmals den Magistrat davon erzählt, daß der Magistrat den Unternehmern die Strantensäfe bewilligt hat. Allen Kollegen wird dringend zur Pflicht gemacht, den Zugang von Halle abzuhalten.

Lohnreduktion haben die Unternehmer im Schwedebud angekündigt. Unsere Schwedebuden Kollegen hatten sich an die dortige Abteilung des "Arbeitsgeberverbands" das von Bau gewerbe gewandt, um eine anberwellige Regelung (geringe Lohnreduktion) der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr zu vereinbaren. Darauf antworteten die Unternehmer, daß sie sich "gedenkt" seien, für die Zeit vom 1. November bis zum 1. April 1901 den Stundenlohn der und die Spezialitäten teilt, die Gründungsmitglieder. Den

Bild über die Entwicklung des Kapitalismus, wie rücksichtslos darüber aus, daß die Gelber zum Streikfonds so schlecht eingängen; er forderte die Mitglieder auf, sich recht zahlreich am Streikfonds zu beteiligen und erklärt ihnen den Nutzen und Zweck einer gefüllten Kasse. Zum Schluß der Versammlung wurde für den treuen, jetzt leider kranken Kollegen Gewand gesammelt. Die Sammlung ergab ein ziemlich gutes Resultat trotz der schlecht besuchten Versammlung.

Die Bahlstelle St. Johannis hielt am 3. November ihre Mitgliederversammlung ab, die leider sehr schlecht besucht war. Die vom Kaiser vorgetragene Abrechnung vom dritten Quartal wurde für richtig befunden. Zwei Kollegen ließen sich in den Verbund aufnehmen. Beschlossen wurde, zu der vom Verbund gehabten Meisterunterstützung aus der Lokalfasse 25 ₣ zu zuschützen. Eine längere Diskussion entstand dann darüber, wie der Versammlungsbeitrag zu heben sei. Allgemein wurde ausgesprochen, daß es nicht weiter gehen könne. Die Unternehmer stützen sich schon auf den Indifferenzschutz der Männer und haben demnigso auch schon mit Lohnreduzierungen begonnen. Ein Sommer ist schon wiederholt in den Verhandlungen die Rede davon gewesen, daß Lohnreduzierungen in unserem Städtekomplex sehr am Platz seien, wegen der Gleichgültigkeit der Kollegen. Tatsächlich derselben nicht ein. Es führt hierfür einige Beispiele an: 1. Daß der Altordarbeiter seine körperlichen Kräfte zu sehr überanstrengt durch übermäßiges Arbeiten, um nur etwas zu verdienen, und 2. daß dadurch viel mehr Arbeit fertig gestellt wird und infolgedessen auch nicht so viele Männer beschäftigt werden. Deshalb sollte es nicht eines jeden Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß der Altordarbeiter nicht immer mehr einzurichten. Ferner führt Redner noch einen Missstand im Altkörpersystem an. Er habe einen Kontakt zwischen Unternehmern und Unterordardant resp. Parteiführer in die Hände bekommen, und diesen Kontakt mußte jeder in die Altordarpartei eintretende Arbeiter unterschreiben. Nach diesem Kontakt hat nur ein jeder Arbeiter sein Geld von dem Parteiführer zu verlangen, also eine gänzliche Entbindung des Unternehmers dem Arbeiter gegenüber im Lohnauszahlungen. Nun ist es aber schon vorgekommen, daß der Parteiführer mit dem ganzen Gelde ausgerückt ist, und der Arbeiter, welcher die ganze Woche gearbeitet hat, hat das Nachsehen. An wen hat er sich nun zu halten? Der Unternehmer hat sich davon entbunden und der Parteiführer sieht sich aus dem Staube gemacht. Hierauf kam Redner noch auf die Streikmauer zu sprechen. Dieselbe beweist, in welch frivoler Weise die Unternehmer die Arbeiter unterdrücken wollen; deshalb ermahnt der Redner zum festen Zusammenschluß zur Organisation. Sie dürfen deshalb im Winter, wenn die Kollegen keine Arbeit haben, nicht absträmmig werden. Diese beiden Forderungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurden die Ausführungen zur Diskussion gestellt. Kollege Kraus befürwortete die Interessengruppe der hiesigen Kollegen, die natürlich seine Zeit dazu hatten, Verhandlungen zu besprechen. Er ermahnte, wie die beiden vorgebrachten Forderungen, die Kollegen an ihre Pflicht zur Organisation. Sobann erläuterte vom Kollegen Schmidt die Bohnreduzierung, welche beim Maurermeister Hölzer am Fleischgrätzwerk stattgefunden hat, vorgebracht. Auch befürwortete der Abort dasselbe in einem menschenunwürdigen Zustande, wofür absolut Abschaffung gefordert werden müsse. Hierauf ging vom Kollegen Wilmanns folgende Resolution ein: "Die im Lokale 'Vollstimme' tagende öffentliche Maurerversammlung erklärte sich mit den Ausführungen der Referenten Steinland und Kastensteiner einverstanden und beschloß, für den Ausbau ihrer Organisation in den Winternäften nach besten Kräften einzutreten." Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen, und mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation wurde die nur möglich besuchte Versammlung geschlossen.

Am 4. November hielt die Bahlstelle Neustadt a. d.hardt ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Rühl von der Agitationskommission in Mannheim und die örtliche Verwaltung von Speyer anwesend waren. Kollege Mahr-Wannheims referierte über den Punkt: "Wie betreiben wir fernerhin die Agitation in Baden und der Pfalz?" Dieselbe legte der Versammlung in verständlichen Worten klar, wie wichtig es sei, eine rege Agitation zu entfalten, um die Organisation am Orte und in der Umgebung in die Höhe zu bringen. Wenn man bedenke, wie die Unternehmer sich organisieren und Verbände schließen, dann dürfen auch wir die Hände nicht in den Schoß legen, sondern da heißt es: Freilich auf zur Agitation! Kollege Söder-Sieper kritisierte die große Interessensfeindschaft vieler Kollegen. Weiter wurde Kollege Söder-Sieper in die Agitationskommission gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich recht rege an der Agitation zu beteiligen und schloß hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands.

Am Sonntag, den 4. November, fand in der Bahlstelle Oberhausen die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Kassier verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Dieselbe wurde für richtig befunden und dem Kassier Decharge ertheilt. Wegen Abreise des berätigen Bevollmächtigten wurde Kollege Großmann an dessen Stelle gewählt. Die Wahlen für die Funktionärschaft finden in allerndächster Zeit statt und da wird es die höchste Zeit, daß wir unsere Kandidaten ausspielen. Dies können wir nur, wenn alle Kollegen die Versammlung besuchen.

Die Bahlstelle Osterode a. S. hielt am 5. November ihre Mitgliederversammlung ab. Vom Kassier wurde die Abrechnung vor den ersten drei Quartalen vorgelesen, woraus sich ergab, daß sich die Bahlstelle in diesem Jahre um das Zehnfache vermehrt hat. Da der Antrag gestellt war, man möchte doch auch einmal ein Vergnügen erhalten, wie es andere Bahlstellen auch hätten, so wurde von der Versammlung beschlossen, am Sonntag, den 18. November, ein Tanzabend im Saale des Herren Rodes in Höxter abzuhalten. Die Mitglieder der Bahlstelle Klausenthal und die Holzarbeiter von Osterode sind freudig eingeladen.

Die Bahlstelle Regensburg hielt am Sonntag, den 28. Oktober, eine Generalversammlung ab. Der Kassier Gnab verlas die Abrechnung ab. Kollege Leibmann aus Nürnberg hielt einen sehr beständig aufgenommenen Vortrag über machtpolitische und menschliche Arbeitskraft und wies nach, daß im Allgemeinen Maschinenarbeit menschliche Arbeitskraft überflüssig macht. Sobann er Mittel an, wie der dadurch entlasteten Arbeitsfamilien abholen ist. Vom Kassier Wilhelm Döhring wurde die Abrechnung vom dritten Quartal 1900 verlesen und von den Anwesenden nach Prüfung für richtig befunden. Kollege Schulz sprach zum Schluß noch den Wunsch aus, die eigentliche Arbeitszeit möge im nächsten Frühjahr, bevor die eigentliche Arbeitszeit beginnt, die Unternehmer aufzufordern, nur solche Kollegen in Arbeit zu stellen, die dem Zentralverband angehören. Auf Antrag der Bahlstelle Wittenberg wurde deshalb ein Stempel auf Konto der Lokalfasse überwiesen.

Die Bahlstelle Höxter hielt am 27. Oktober eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Leibmann aus Überhaupt seine Ueberzeugungen mehr zu machen. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, ihre rücksichtigen Beiträge bis zum Schluß des Quartals pünktlich zu bezahlen. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bahlstelle Wittenberg hielt am Sonntag, den 28. Oktober, eine Generalversammlung ab. Der Kassier Gnab

verlas die Abrechnung vom 3. Quartal, die von den Besitzoren für richtig befunden wurde. Dem Kassier wurde Decharge für die Kassenführung ertheilt. Kollege Lehmann schloß die Versammlung mit einem Hoch auf das Blüthen und Gedanken des Verbandes.

Stukkature.

Halle a. d. S. Am 3. November fand die ordentliche Mitgliederversammlung, bisher Sitzstatt statt. Nach Erledigung des Geschäftsbüros wurde für den jetzigen Stand des geplanten Bauarbeitervertrages, die Beschlüsse der Magdeburger Landes-Bauarbeiterkonsferenz, sowie die Konsequenzen, welche die Sachsenanhalter aus alledem zu ziehen haben, diskutirt. Zur allgemeinen Bauarbeiterkonsferenz-Kommission wurden die Kollegen Gustav Sorgendorf und Gustav Henner delegiert. Hierauf wurde in die Diskussion über den nächsten Verbandsblatt eingetreten. Im dritten Punkt der provisorischen Tagesordnung wurde eine Erhöhung der Beiträge bzw. einheitliche Regelung des Streikfonds gefordert. Alle Redner traten dafür ein, daß der Beitrag auf 50 ₣, resp. 80 ₣ im Winterquartal pro Woche erhöht wird und dafür alle anderen Beiträge in Wege zu kommen. Über den Verbandsblattmobius, welcher feststeht, welcher Tag der Hauptfasse, der Lokalfasse und dem Streikfonds zugestellt werden soll, gehen die Meinungen auseinander. Einerseits wird eine Schädigung der Lokalfasse befürchtet, andererseits befürwortet. Es wurde ferner die Frage aufgeworfen, wie die Verhältnisse geregt werden sollen, welche z. B. zwischen den Sitzstädten Leipzig und Halle, den Streikfonds betreffend, erzielen. Da erst Klärung gesetzt werden muß, um eine erprobliche Diskussion führen zu können, wurde die weitere Diskussion auf die nächste Versammlung verschoben.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 7. Nov. bei A. H. C. wurde Kötter zum provvisorischen Schriftführer ernannt. Sobann erläuterte Edler Bericht vom Sitzungsfest. Die Einnahme ergab M. 118,16 gegenüber einer Ausgabe von M. 48,99, mitdem verbüßt ein Überstand von M. 64,16. Hierauf hielt Lehne einen Vortrag über "Erfüllung eines Arbeitsnachweises". In sehr eingehender Weise erläuterte er die 18 in Deutschland festgestellten Arten der Arbeitsnachweise, im Besonderen die eines kommunalen und die eines parlamentlichen Arbeitsnachweises, hierzu die Auslastungen verschiedener Personen verleidet. Er meinte den parlamentlichen Arbeitsnachweisen keinen Wert bei, b. h. bei gleichzeitigem Einkommen und unparteiischer Leistung; da sonst aus einem solchen leicht ein Maßregelungsschurz entstehen werde. Was nun die Einführung eines geregelten Arbeitsnachweises uns betrifft, so wäre auf Seiten unserer Meister dieser Frage näher zu treten, nicht der Lohn der Gehüßen sei die Ursache gewesen, sondern die leidige Schnittkurrenz, und diese wäre es, welche sie glauben, durch den Arbeitsnachweis befreiten zu können. Dass die Meister in dieser Sache unserer Unterstellung gewiß sein können, brauche er nicht anzuschreiben, da Schnittkurrenz mit besonderer Vorliebe Nichtarbeits- und Mängelarbeiter befähigt. So seien denn auch die Verhandlungen mit den Studmellern so weit gereget, selber noch nicht mit den Elternmeistern, doch sei zu erwarten, daß auch diese mächtig empfindlich hierzu Stellung nehmen. Zum Leiter des einzugsreichen Arbeitsnachweises könne er den Vorleiter des Nachweises der Zigarrensorten empfehlen, erstens würde diese Wahl eine völlig unparteiische sein, andererseits wäre das Lokal keine Wirtschaft, sondern Privatzwirtschaft mit Telefon, wodurch den Mitgliedern leichter Kosten entstehen. Der empfohlene Nachweis sei einer der bestens funktionierenden und der Kostenpreis würde nur M. 100 pro anno betragen, hingegen bei Verhandlung von Mitgliedern auf über M. 200 steigen. Wie nun die Arbeitgeber wirklichkeitliche Wirthschaft durch den Nachweis zu erreichen jagen, bietet ein solcher d. v. bei der vorherigen Versammlung bei A. H. C. bei den Meistern in Arbeit, auch für die Gehüßen resp. deren Organisation manche Vorstöße, die, nebenbei gesagt, ein Gastwirth nie erfüllen kann, so z. B. die Führung der Gehüßen wie auch der Arbeitslosigkeit. Ebenso würden dann auch die leidigen Überkosten auf ein Minimum beigebracht, da die Meister nur dann verlangen könnten, Überstunden zu machen, wenn der Nachweis nicht mit Kräften dienen könnte. Edler schrieb die Lehne bei, jedoch für Verhinderung des Nachweises in der Wirtschaft von Osterholz, Herrengraben, Sittfeld und besonders Lehne befähigte diese Anzahl in schärfer Weise. Hierauf wurde einflinzig der Antrag Lehne angenommen, welcher besagt: "Der Arbeitsnachweis trifft für die Stukkature auf Grund des vereinbarten Regulatius am 1. Januar 1901 in Kraft, für die Biwer sind weitere Schritte zur Einführung des Arbeitsnachweises einzulegen." Unter "Beschiedenes" berichtete der Vorsitzende sobann über die Aufstellung der Sperrte über das Geschäft von H. C., da dort jetzt in Lohn gearbeitet werde. Gerichtet wurde, daß die Arbeitnehmer in 90 ₣ Guddiken und für einen Preis von M. 1125 angenommen worden seien, wo der Preis laut Tarif doch M. 1867 anstünde. Edler verwarnte im Besonderen nochmals die Mitglieder vor dem Abschluß von Vertragsarbeiten der ungenauen Stimmen der Nebenvereinstände, da bei Niederlegung der Arbeit und gerichtlichen Klagen wegen restlichen Lohnes meistens die Gehüßen zur Fertigstellung der Arbeit verhöhlt würden, und zwar laut ihrer Abmachung eines bestimmten Preises.

Leipzig. Eine öffentliche Stukkaturenversammlung fand am Sonnabend, den 3. November, in Stadt Hammelburg statt. Aufstellung der Tagesordnung stand: 1. Aussklärung den Fensterstreck. 2. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Voigt, daß sich noch vier Kollegen im Streik befinden. Es wurde einstimmig ein Antrag angenommen, daß diese Kollegen das Recht haben, sich im Arbeitsnachweis einzutragen. Weiter wurde noch berichtet, daß bei der Firma Schmeißer mehrere Kollegen entlassen seien sollten, aber nicht wegen der Fensterfrage, welche sie aber mit in die Streikliste einzutragen ließen. Da dem Comité die Aussicht von Prinzial Schmeißer verweigert wurde und nur einer der entlassenen Kollegen anwesend war, konnte die Versammlung darüber nicht aufgelöst werden. Dieser Punkt wurde daher zur nächsten Versammlung verlegt. Kollege Voigt teilte noch mit, daß die Mitarbeiter der Stukkaturen und Täpferei M. 100 überstünden haben, wovon prozentual auf die Stukkaturen M. 68,75 fällten. Einflinzig wurde noch ein Antrag angenommen, daß der Streikleiter der Täpferei, Genosse Krämer, die Streikliste der Stukkaturen mit übernehmen soll.

Nürnberg. Am 4. November fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. zunächst erstatteten die Besitzoren Bericht über die Kassenverhältnisse. Die Kasse wurde

in bester Ordnung vorgefunden. Der Kassier erhielt Discharge. Als Delegirter wurde zur Bauarbeiterverbindung Kollegie Palvermesser gewählt. Bei der Beprüfung über den nächsten Verbandsitag wurde hauptsächlich auf die Beitragserschöpfung Bezug genommen. Allgemein war die Ansicht vorhanden, daß eine Beitragserschöpfung verderblich auf den Verband wirken werde. Wenn man berücksichtige, daß den Mitgliedern jetzt schon ein Beitrag von 80 Pf. zu hoch ist, so könnte als sicher angenommen werden, daß auch der noch vorhandene Rest von Mitgliedern, der in Nürnberg nur etwa den achtzig Teil der Gesamt-Gutsstifterschaft beträgt, seinen Ausdruck erlässt. Wegen der Rücksicht der Reiseunterstützung wurde auf den Antrag, der mit derselben getrieben wird, hingewiesen. Es wurde festgestellt, daß in vielen Fällen von Mitgliedern Reiseunterstützung bezogen wird, die erst 10-12 Wochen dem Verband angehören. Auf Antrag des Kollegen Koenigswirt wurde beschlossen, den zu wählenden Delegirten den Auftrag zu erteilen, dahin zu warnen, daß die Kartenzeit auf ein halbes Jahr ausgedehnt wird. Unter "Verschiedenes" sagten einige Redner, das Verhalten mehrerer Kollegen in der letzten allgemeinen Versammlung. Besonders wurde das Benehmen des früheren Mitglieds Eitelius gelobt. Eitelius, der nun schon seit zwei Jahren dem Verband fern steht, nimmt jede Gelegenheit wahr, um die Leiter der Organisation anzurempeln und zu beleidigen. Zum Schlus sprach die Versammlung dem Kollegen Odenwald Dank aus für seinen in längster Zeit hier gehaltenen lehrreichen Vortrag.

Krankenkasse.

Berlin. Eine Mitgliederversammlung der kleinen Kasse der Central-Krankenkasse der Maurer z. "Grundstein zur Einigkeit" fand am 28. Oktober in der Inselstr. 10 statt. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme im dritten Quartal, insl. M. 1895,85. Bestand am 31. Dezember 1900 war M. 87 538,05, die Ausgabe am 31. Dezember 1900 war M. 87 288,74, davon sind M. 10 000 an die Hauptkasse geflossen, mithin bleibt ein Bestand von M. 298,81. Die Mitgliederzahl betrug 4585, und Aufnahmen fanden 194 statt. In "Verschiedenes" wurde über Wahnehmungen bei Unfällen berichtet. Im nächsten Zeit soll eine Verhandlung stattfinden, in der das Prof. Hoffmann'sche System klargestellt werden soll. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen pünktlich zu eröffnen. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erörtert worden, erfolgte Schluss der Versammlung.

Literarisches.

Die Nr. 28 des „Operario Italiano“, welche mit Nr. 48 des „Grundstein“ zum Vergleich kommt, hat folgenden Inhalt: Auf Wiedersehen! Auf Wiedersehen! — Das Volkshaus in Brüssel. — Arbeit- und Wohnverhältnisse der Maurer in Baden. — Die Dazardspieler (ein Sitzungsbild). — Ein Flugblatt des italienischen Konzils in Mannheim. — Man kann überall! — Der Kongress der Arbeitskrieger in Frankreich. — Eine Hebe Millerand's. — Was ist Vorsoft? — Auf der Straßenbahn (Erzählung). — Lohn- und Streitbewegung. — Verschiedenes vom Inn- und Auslande.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das Heft 5 des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir her vor: Bureaukratische Versöhlung. — Woher die Kohlenknos und der Kohlenknos? Von Otto Hue. II. — Die englischen Wahlen. Von Jakob Brockle. II. — Arbeitsheilung und Frauenteil. Angleich ein Beitrag zur materialistischen Geschichtsschreibung. Von Heinrich Einow (Fortsetzung). — Altertümliche Rundschau: Dr. Heinrich Alzen, Die deutsche Drucker-Sprache. Heinrich Freese, Das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe. — Feuerlein: Wie die Heimat stirbt! Bilder aus dem Osten von Fritz Stowronek (Fortsetzung).

„In freien Stunden“. Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk, in Wochenheften à 10 Pf. Lieferungen 43 und 44 enthalten die Fortsetzung des praktisch illustrierten kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ von Victor Hugo. Ferner feuerlose Stoffen, Neuvelten und kleine Notizen unter „Dies und Jenes“ und „Wit und Scherz“.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post) zum Werterlöse von M. 1,20, Postzettelkatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pf.-Hefte an. Wir empfehlen unseren Lesern dringend das Abonnement; gerade dieser Roman verdient seiner Lendenz wegen die Beachtung unserer Leser; in wunderbarer Sprach Schönheit schildert er uns das innerste Wesen von Arbeiterkunst und Monarchie und erfüllt die Doppel-Aufgabe: erzieherisch und unterhaltend zu wirken.

Im Verlage von J. H. W. Dieb Nachf. sind soeben erschienen Heft 11 und 12 des Lieferungsvertrages: Gefundheitsbuch in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Hochgelehrten von Emanuel Wurmb. Aus dem Inhalt heben wir her vor: Die Sinnesorgane. Das Auge. — Der Gehörsinn. Das Ohr. — Der Geruchsin. Die Nase. — Der Geschmack. — Der Geschmackslinn. — Die Haut und ihre Pforte. — Zahlreiche in den Text eingestraute Illustrationen unterstützen in wissenschaftlicher Weise das Verständnis des Lesers.

Das Werk wird in Lieferungen von je 82 Seiten à 20 Pf. erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen. Bestellungen müssen alle Buchhandlungen und Kolporteure entgegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Im Verlage von J. H. W. Dieb Nachf. sind soeben zur Ausgabe gelangt Heft 4 und 5 des reich illustrierten Werkes „Das bürgerliche Rüstland“. Meisterwerke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und Barbus. Neben der bereits komplett vorliegenden Ausgabe, welche kostet M. 6, gebunden M. 7,50 kostet, erscheint das Werk auch in 16 Heften à 40 Pf.

Sämtliche Buchhandlungen und Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen.

Eine populäre Broschüre gegen das Zentrum ist soeben im Verlage der Buchhandlung Borwicks in Berlin erschienen: Worte und Thaten des arbeiterfreundlichen Zentrums, von Gustav Höch, bestellt sich die zur Massenverbreitung bestimmte Schrift. Sie enthält in 12 Kapiteln aus den Reichstagsverhandlungen den altenmäßigen Nachweis, was das Zentrum seit Jahren, besonders aber bei der letzten Abänderung der Gewerbeordnung und Unfallverhinderung, im

Interesse des Unternehmerschums alle weitgehenden Verbesserungen nach dem Wunsche des Bodenbesitz-Werks niedergestimmt, dagegen alle Steuererhöhungen für Militär und Marine, für Steuergaben an die Großkapitalisten und Agrarier bewilligt hat. Die Volksräte dürfen namentlich in den katholischen Gegenden zur Agitation unter den katholischen Arbeitern zeitgemäß sein. Der Eingangsbetrag beträgt 10 Pf., zur Massenverbreitung ist eine eigene billigere Ausgabe veranstaltet.

Briefstellen.

Torgelow, S. Sie können sich den Preis selber berechnen, wenn sie der Berechnung zu Grunde legen, daß eine Seite zu 85 Briefstaben gewöhnlicher Briefstift in 14 Zeilen. Das die Beiträge oder deren Raum 80 Pf. kostet, durch Ihnen möcht bekannt sein. Wir können die Preise des Interests im Voraus nur dann angeben, wenn uns der Text dazu vollständig vorlegt.

Bosson, 1. Wir führen darüber kein Register und können in solchen Fällen auch keine Auskunft ertheilen. 2. Ja.

Göbel, S. Antwort wie unter Bosson 1.

Hann. Minden, S. Ihr Hinweis auf die Versammlung am 14. November hatte in der für Nr. 48 bestimmten Versammlungsbericht keinen Zweck, da die Nummer erst am 17. d. M. erscheint. Der Bericht ist übrigens so inhaltslos, daß wir von dem Abdruck desselben Abstand nehmen.

Abrechnung über den Maurerstreik in Hannover.

	Einnahme.
Aus dem Zentralstreitfonds.	M. 21116,53
Aus dem sonst noch am Ort vorhandenen Unterstützungsstocks.	1939,86
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.	555,—
Von Gewerkschaften am Ort erhalten.	50,—
Auf Listen gesammelt.	1023,84
Bürde gezahlte Gelder.	715,70
	Summa... M. 26399,93

	Ausgabe.
Für Unterstützung der Streitenden.	M. 20540,90
Reiseunterstützung an streitende Kollegen, die den Ort verlassen haben.	2526,90
Verhältnis des Zuganges.	793,49
Vorschaffung zugezogener Kollegen.	28,20
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien.	808,40
Arbeitsfördermittel.	917,90
zweiterdienstliches Fahrgeld.	88,90
Bautenkontrolle.	200,95
	Summa... M. 25399,93

Hannover, den 22. September 1900.

Für die Richtigkeit der vorliegenden Abrechnung:
Die Revisoren:
Christ. Pap. Aug. Vor. Phil. Neppeler.

Für die Streitkommission:
Fr. Melchner, Louis Bernstorff, Otto Krabber, Georg Hesse, Carl Lomb.

Abrechnung über den Maurerstreik in Herford.

	Einnahme.
Aus dem Zentralstreitfonds.	M. 4728,25
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.	67,25
Sonstige Einnahme.	—

	Ausgabe.
Für Unterstützung der Streitenden.	M. 4505,88
Reiseunterstützung an streitende Kollegen, die den Ort verlassen haben.	98,25
Verhältnis des Zuganges.	9,70
Vorschaffung zugezogener Kollegen.	154,80
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien.	27,87
	Summa... M. 4796,50

Herford, den 12. Oktober 1900.
Für die Richtigkeit der vorliegenden Abrechnung:
Der Revisor: Johann Ueberfeld.

Für die Streitkommission:
Paul Springer, Hermann Gabelgut.

Abrechnung über den Maurerstreik in Wölkneß.

	Einnahme.
Aus dem Zentralstreitfonds.	M. 5150,—
per Postkarte der am Ort befindlichen Verbandszahltelle.	200,—
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.	98,30
Von dem am Ort befindlichen Gewerkschaftsamt.	18,65
Sonstige Einnahme.	25,27
	Summa... M. 5492,29

	Ausgabe.
Für Unterstützung der Streitenden.	M. 5084,50
Reiseunterstützung an streitende Kollegen, die den Ort verlassen haben.	54,95
Verhältnis des Zuganges.	248,12
Vorschaffung zugezogener Kollegen.	91,70
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien.	10,25
sonstige Ausgaben.	46,60
	Summa... M. 5492,29

Wölkneß, den 20. Oktober 1900.
Für die Richtigkeit der vorliegenden Abrechnung:
Der Revisor: Ernst Tröbs.
Für die Streitkommission:
G. Koch, Willi Glindel, H. Elsner.

Abrechnung über den Maurerstreik in Gießen.

	Einnahme.
Aus dem Zentralstreitfonds.	M. 16297,—
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen.	51,25
	Summa... M. 16348,25
	Ausgabe.

	Ausgabe.
Für Unterstützung der Streitenden.	M. 18467,07
Reiseunterstützung an streitende Kollegen, die den Ort verlassen haben.	559,85
Verhältnis des Zuganges.	1642,77
Vorschaffung zugezogener Kollegen.	857,10
Drucksachen und Unterstützung Infoshäuser.	77,50
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien.	223,22
sonstige Ausgaben.	20,60
Der Lokalzolle überwiesen.	1,14
	Summa... M. 16348,25

Gießen, den 16. Oktober 1900.
Für die Richtigkeit der vorliegenden Abrechnung:
Die Revisoren:
Ludwig Schneider, Fr. Almend, Ludwig Schäfer.
Für die Streitkommission:
Carl Busch, Willi Winter, Georg Schupp II.

Abrechnung über die Baupreise in Schweinfurt.

	Einnahme.
Aus dem Zentralstreitfonds.	M. 100,—
der Lokalzolle der am Ort befindlichen Verbände.	10,90
zahltelle.	10,90
	Summa... M. 110,90
	Ausgabe.

Für Unterstützung der Ausgezeichneten.

Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien.

sowie 20 % in Briefmarken für Rücksendung einzusenden. Der Beitrag muss für dieses Jahr voll bezahlt sein; die Streifsonderkarte muss mindestens für 5 Marken enthalten.

Mitglieder, welche noch nicht 1 Jahr dem Verbande angehören (ausgeschlossen sind Junggesellen, die innerhalb 4 Wochen nach beendeter Lehrzeit beigetreten sind), können Reiseunterstützung erst dann erhalten, wenn 1 Jahr seit ihrem Eintritt verflossen ist.

Junggesellen, welche eine Reise-Legitimationsskarte wünschen, haben außer dem Mitgliedsbuch und der Streifsonderkarte eine Bescheinigung einzusenden, aus der hervorgeht, dass sie innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit dem Verbande beitreten sind.

Als solche Ausweispapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgelernt hat, eine Verbandszahstelle besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung der betreffenden örtlichen Verwaltung.

Für Mitglieder, welche im Herbst nach Hause reisen.

Dieselben Mitglieder, welche mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit seien, verlassen und an einem Orte ihren Aufenthalt nehmen, an dem eine Verbandszahstelle nicht besteht, machen wie darauf aufmerksam, dass ihnen, wenn sie sich bei der Hauptzahstelle anmelden, der "Grundstein" von hier aus zugeteilt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzusenden.

Wollen die Kollegen aber lieber mit der Zahstelle, der sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben und sich dort aus den "Grundstein" zustellen lassen, dann sieht dem nichts im Wege.

Die Zahstellenverwaltungen werden ersucht, die Mitglieder auf Obiges aufmerksam zu machen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die Zahstellenverwaltungen, dann, wenn Mitglieder abreisen und den "Grundstein" von der Zahstelle nicht beziehen, nicht zu vergessen, auch die entsprechende Zahl Exemplare des "Grundstein" abzubestellen.

Vom Vorstande bestätigt

find die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahstellen Witten a. d. Ruhr, Dinslaken, Straßburg i. Elsas, Gladbeck, Düsseldorf, Münster, Hilden, Hadmersleben, Lemgo, Uerdingen, Wiedenbrück, i. d. Maret, Eilendorf.

Der Vorstand.

In der Zeit vom 6. bis 12. November 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Bon der örtlichen Verwaltung: Burgstädt i. Sachs. M. 168, Möllis 129,08, Nadel 82,10, Dörfles 78,64, Plauen i. Vogtl. 84,76, Giesen 45, Dauborn 49,88, Kirchheim 30, Friedberg 15,88, Dreieichenhain 140, Hadmersleben 69,52, Großenhain 58,64, Hohenheim 50, Schöndorf 88,88, Meine, durch Dorfleit 10, Hartheim 91,40, Höchstädt a. d. Nidder 76, Königstein 52,48, Gießen 42,48, Kreisfeld 10, Uelrich 42, Märkisch 600, Neuzlin 21,88, Altenburg 400, Erfurt 100, Cunnersdorf 68,10, Neumünster 56,80, Lützenburg 25, Harburg 320, Hamburg 2204,60, Leipzig 800, Hannover 600, Olvenstedt 200, Triannusburg 150, Jethau 70, Altenburg 150, Quedlinburg 40, Mindenburg a. d. Z. 20,80, Rammen 12,01, Bräse i. Olden 5,40, Frankenhausen a. d. Rhine 40, Uelrich 450, Bergedorf 71,20, Riesenburg 65, Goldberg i. Sch. 21,12, Bremen 688,80, Potsdam 500, Güten 52, Altenburg 200, Frauenstein 70, Heilbronn 34, Meißen 45,82, Elbing 88,92, Alvensleben 21,38, Weida 5,28, Handthalde 54,56, Elgershausen 118,20, Heilbronn 65,66, Bünde i. W. 37,80, Riefa i. S. 19,82, Bierenheim 8, Niederau 2,25, Summa M. 10078,98.

Streifsond.

Burgstädt in Sachsen M. 19,20, Möllis 8,84, Nadel 40, Dauborn 1,52, Friedberg in Bayern - 56, Schöndorf 1,44, Rammen 5,12, Schneidau 180, Elbing 1,86, Alvensleben 16,44, Weida 5,62, Blankenburg i. Schwarzenbach 1,80, Potsdam 5,28, Altenburg 100, Erfurt, Geithausen 50, Neumünster 2,25, Summa M. 10078,98.

Ze nach Wahl

entweder für M. 15, unter Zugabe des
60 Blatt enthaltenden Fassaden-Albums,
oder für M. 18, unter Zugabe des
zerlegbaren, bunten Modells eines Hauses,

Referenzen werden Kunden, die neueste (11.) Auslage des

Praktischen Maurer,

ausführlich besprochen in Nr. 20 des "Grundstein" von diesem Jahre.

Bei Baarzahlung 5 % St. Abzug. Theilzahlungen monatlich M. 5.

Auch zur Lieferung jedes anderen Buches empfiehlt sich bestens die Versandbuchhandlung v. Arthur Gasch, Leipzig, Auerbach's Hof.

Nürnberg.

Die Herberge ist im "Roten Ross", Ihrstraße 9; dabei wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.
[1,80] Die örtliche Verwaltung.

Weltberühmte Hamburger Spezialartikel für Maurer und Zimmerer.



Beste Arbeitsgarderoben. Prima Islander.

Preisliste gratis. Versand franco
gegen Nachnahme.

Louis Mosberg, Bielefeld, nur 44 Breitestrasse 44, Papenmarkt-Ecke.

W.A. Langer, Leubsdorf i. S., bringt den deutschen Maurern seine dauerhaft und gut gearbeiteten

Double-Lederhosen,

einfarbig, in silbergrau, weiß und dunkelgrau, in entsprechende Erinnerung. Mein Habitat übertrifft alle Konkurrenzfabrikate in jeder Beziehung. 1. Qualität mit dreidrähtiger Kette, 2. Qualität mit zweidrähtiger Kette. Lederhosen auf Bürolohn. Reparaturfreien zum Selbstostenpreis. Proben gratis und franco. Auf Wunsch Kredit und Ziel.

[3,80]
Der Verstand der Firma Kattowitz (O. G.)

Anzeigen

(Anzeigetafel bis Dienstag Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, sowohl vor wie innerhalb einer Woche nach dem Sterbedatum erfasst. Die Zeile kostet 16,4.)

Göppert: Am 8. November verstarb unser Verbandskollege Hermann Göppert im Alter von 35 Jahren. Am 28. Oktober verstarb unser Verbandsmitglied Heinr. Appelt im Alter von 50 Jahren.

Langen i. Hess. Am 5. November verstarb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege Konr. Heinr. Lampert im Alter von 20 Jahren.

Bieke a. d. O. Am 6. November starb nach langem Leiden unser Verbandskollege Wilhelm Hallé im Alter von 36 Jahren. Er war Gründer der Zahstelle.

Stellingsen: Nach langem, schwerem Leiden verstarb infolge eines Beinbruchs unser Ehrenmitglied O. Hofeldt im Alter von 65 Jahren.

Wannier: Am 10. November starb nach kurzen Krankenlager unser Verbandskollege, der Maurer Ernst Wendrich im Alter von 82 Jahren an Blutversiegung.

Wesenberg: Am 10. November starb infolge Herzleidens unser guter Verbandskollege Otto Ludwig im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Bremerhaven.

Die Reiseunterstützung wird ausgeschaut von dem Befreiungsmächtigen W. Till, Lübeckerstraße 21, 2. Et. [1,50]

Kattowitz (Ober-Schlesien).
Achtung! Stukkaturen! Achtung!
Den reizenden Kollegen, zur Kenntnis, dass der Arbeitsnachweis sich beim Kollegen Jos. Geltz, Mährer 18, befindet.

Umshauen ist nicht gestattet.
Der Käffner, Kollege Allmann, wohnt Maube 111, 5. [3,80]

Der Vorstand der Firma Kattowitz (O. G.)

[3,80]

Linden-Hannover.

Die Zahstelle feiert am 18. November im "Viktoriaalon" des Herrn A. Engelke, Sümmelstr. 81, ih.

Erstes Stiftungsfest
befindet in Unterhaltung und Ball.

Alle Kollegen und deren Familien sind freudlich eingeladen.

[3,80]

Der Befreiungsmächtige.

49,20, Lüneburg 15, Harburg 203,25, Olvenstedt 200, Sieheho 20, Eilenburg 100, Quedlinburg 20, Bräse i. Oldb. 12, Bergedorf 66,80, Goldberg in Schle. 4,12, Potsdam 200, Güten 72,80, Lüneburg 200, Frauenstein 15, Heilbronn 1, Med. 27,91, Heilbronn 5,04, Bünde i. W. 4,98, Siehe i. Sach. 4,82, Summa M. 1650,58.

Büro für gesetzliche Streitunterstützung von Zeit M. 28,61.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“.

Burgstädt i. Sachs. A. 7,50, Möllis 5, Dahlem 2,50, Ober-Mörlen 2,50, Norderney 2,50, Garz a. d. Ober 2,50, Schenck 7,50, Holtenau 8, Olvenstedt 2,50, Neustadt i. H. 5, Heilbronn 2,50, Goldberg i. Med. 2,50, Sieheho 7,50, Summa M. 58.

Für Broschüre: „Die Augsburger Prozesse“.

Burgstädt i. Sachs. Möllis 5, Dahlem 2,50, Ober-Mörlen 2,50, Norderney 2,50, Garz a. d. Ober 2,50, Schenck 7,50, Holtenau 8, Olvenstedt 2,50, Neustadt i. H. 5, Heilbronn 2,50, Goldberg i. Med. 2,50, Sieheho 7,50, Summa M. 58.

Für Broschüre: „Was wir wollen.“

Eisenach 1, Coblenz - 80, Heilbronn 2. Summa M. 80.

Für statistische Tabellen.

Bünde M. 2,50, Straßburg i. Els. 1,25, Schleiden - 50, Kostheim 1,25, Summa M. 5,50.

Berichtigung.

Statt der in Nr. 48 unter Gr.-Salze für die Hauptkasse quittierten M. 22,68 muss es richtig heißen: M. 218,16.

Die Zahstellen-Kassirer resp. Einhaber von Geldern werden ersucht, auf den Postabzählen genau anzugeben, wofür das eingesetzte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifsondbeiträge, sind nur an J. Küster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, dass das Geld wieder zurückgekehrt kommt.

Hamburg, den 19. November 1900.

J. Küster,
Hamburg-St. Georg, Bremersstr. 11, 1. Et.

* Arbeitsmarkt *

Leidige Maurer, welche in Verblendarbeit gelebt haben, sind auf dauernde Arbeit gesucht. Zu melden auf dem Neubau der Pionierkasernen in Hanau. Mühlendamm.

* Versammlungen *

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Gesetz entspringenden der jeweiligen Woche bekannt gemacht. Die Preis für jede Ansage, die den Raum von 3 Seiten nicht überschreitet darf, beträgt 10,4. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung defendant eingetragen werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 18. November:
Beyendorf. Mitgliederversammlung bei Matth. Käßbier. Da dringende Verhandlungen der Gewerkschaften der Städte folgenden Woche bestimmt gemacht. Die Preis für jede Ansage, die den Raum von 3 Seiten nicht überschreitet darf, beträgt 10,4. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung defendant eingetragen werden.

Herzberg a. d. Elster. Versammlung. Das Geschäftsnachrichten der Kollegen ist dringend notwendig.

Rathen 4 Uhr Mitgliederversammlung in der Borchardtberge. Alle Kollegen müssen erscheinen. Die nächste Versammlung findet am 20. Januar statt.

Kl.-Schönbeck. Versammlung der Kollegen ist dringend notwendig. Die Kollegen müssen erscheinen. Städte und Gewerkschaften müssen bestimmt werden.

Oranienburg. Kollegen zur Stelle sein, weil die Tagessitzung sehr wichtig ist.

Usedom. Rathen 3 Uhr Mitgliederversammlung. Es muss sehr dringend notwendig sein.

Wittstock. Rathaus 4 Uhr bei H. Süde. Versammlung der Kollegen ist dringend notwendig.

Ziegenhain. Über den Vorhantart für das nächste Jahr. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Dienstag, 20. November:
Kottbus. Rathaus 2½ Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinsgebäude. Baudirektor. Böhme 15 unbedingt notwendig.

Witten. 10 Uhr. Mitgliederversammlung in der Borchardtberge. Kommandantur. Kommandantur. Böhme 10 Uhr. Mitgliederversammlung in der Wandelschule. Böhme 10 Uhr. Mitgliederversammlung. Böhme ist zahlreich zu erscheinen.

Mittwoch, 21. November:
Berlin III. Arminihofstr. 1. Kommandantur. Böhme 10 Uhr. Mitgliederversammlung in den Wohnungsbau. Kommandantur. Böhme 10 Uhr. Mitgliederversammlung.

Sonntag, 25. November:
Bethau. Rathaus 2½ Uhr. Mitgliederversammlung in den Wohnungsbau. Kollegen werden ersucht, zeitlich zu rechnen.

Born. 11 Uhr. Oeffentl. Mitgliederversammlung im Wintersportverein. Böhme 10 Uhr. Mitgliederversammlung in der Borchardtberge. Böhme ist dringend notwendig.

Stolp I. P. 1. P. unsere Mitgliederversammlung. Böhme 10 Uhr. Mitgliederversammlung zu regeln. Böhme ist dringend notwendig.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Quittungsmarken

Lokalsondemarken, Streifsondemarken,

Quittungs-, Kontrollkarten, Sammelstellen

sowie alle Druckerbeiten

leiter sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleiden, Leipzig.

Illustrirt preislich gratis.

Quittungsmarken

und Kautschukstempel

liefern seit 22 Jahren

f. Kaufende Kästen u. Vereine

Jean Holze,

Hamburg, Drehbahn 45.

Verlag sozialistischer Bilder.

Fraktionsbild der sozial. Partei 1898.

Illustrirt preislich gratis und franco.



Illustrirt preislich gratis und franco.